

Positionspapier des Landesschüler*innenausschuss Berlin: Historischer Aufklärung und Erinnerungskultur im Unterricht

Artikel 1 des Berliner Schulgesetzes gibt den Auftrag, Schüler*innen ein "Höchstmaß an Urteilskraft" sowie "gründliches Wissen und Können zu vermitteln". Der Artikel schreibt ebenso das Ziel fest, Persönlichkeiten so zu entwickeln, dass die Schüler*innen dem Nationalsozialismus entschieden entgegentreten können. Doch die Realität wird diesem Ideal oft nicht gerecht. Gerade in Hinblick auf Historische Wissensvermittlung und Verantwortung gegenüber unserer Geschichte, wird zu wenig getan. Studien belegen, dass rund 47% der 14 bis 16-jährigen Schüler*innen nicht wüssten, was "Auschwitz-Birkenau" bedeutet.¹² Besonders in Bezug auf ansteigenden Antisemitismus an Berliner Schulen darf die Bedeutung und Wichtigkeit des Geschichtsunterrichts keinesfalls vernachlässigt werden.

Immer häufiger werden antisemitische Vorfälle bekannt. Beleidigungen würden zwar oft unüberlegt und ohne große Ernsthaftigkeit geäußert, stellen aber dennoch ein ernstzunehmendes Problem dar.³

Die Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus muss dringend gestärkt werden. In diesem Sinne muss bei Kindern früh ein Geschichtsbewusstsein geweckt werden. Im Rahmen des Geschichtsunterrichts sollte vermehrt Wert auf anschauliche Wissensvermittlung gesetzt werden. Wir fordern verpflichtende Exkursionen zum Thema Nationalsozialismus - dies beinhaltet, dass jede*r Schüler*in die Möglichkeit bekommt, Gedenkstätten eines Konzentrations- oder Arbeitslager zu besuchen. Solche Exkursionen sollen staatlich stärker gefördert werden, sodass es unabhängig von sozialen Schichten und finanziellen Möglichkeiten allen Schüler*innen möglich ist, teilzunehmen. Die konkrete Durchführung sowie die Dauer der Exkursion sollen dabei keine Rolle spielen.

Darüber hinaus soll der Geschichtsunterricht maßgeblich reformiert werden. Dies kann nach unserer Auffassung nur durch anschauliche Formate wie Medienanalyse, Gespräche mit Zeitzeugen und die oben genannten Exkursionen geschehen. Des Weiteren begrüßen wir regionale Betrachtungen, wie z.B. die Forschung zu Stolpersteinen in der Umgebung der jeweiligen Schule. Zudem muss eine Erinnerungskultur fächerübergreifend etabliert werden. Als Beispiel ist hier die Kombination Geschichte-Deutsch zum Thema manipulativer Rhetorik anzuführen. Die historische Aufklärung ist an die Verantwortung jedes*r Bürger*in der Bundesrepublik gebunden, sich mit der Geschichte des eigenen Landes zu beschäftigen und für den Erhalt der Demokratie einzustehen - so wie es auch Artikel 1 des Schulgesetzes festschreibt.

¹ <https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/holocaust-113.html>

²

https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_internationale-verstaendigung/pdf/2017/Ergebnisse_forsa-Umfrage_Geschichtsunterricht_Koerber-Stiftung.pdf

³

<https://www.google.de/amp/s/www.sueddeutsche.de/bildung/antisemitismus-an-schulen-das-akzeptieren-wir-als-gesellschaft-nicht-1.3922946!amp>

Der Landesschülerausschuss Berlin bei der Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend und Familie

Der Landesschülerausschuss Berlin fordert, in Zeiten, in denen Erinnerungskultur und Demokratie immer wieder in Frage gestellt werden, eine verstärkte, historisch verantwortungsbewusste Schulbildung, die Wert darauf legt, den Nationalsozialismus im Unterricht intensiv und anschaulich zu thematisieren. Die Priorität soll im Rahmenlehrplan erkennbar sein. Vereinzelt Fälle, in denen das Thema gänzlich ausgelassen wird, dürfen nicht vorkommen. Wir fordern darüber hinaus umfassende Maßnahmen gegen Antisemitismus und alle Arten der Diskriminierung an Berliner Schulen sowie die stärkere finanzielle Förderung von Exkursionen.

